

16.04

Bundesrat David Stögmüller (Grüne, Oberösterreich): Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, Herr Edgar Mayer, ich habe auch eine schriftliche Anfrage an den Herrn Innenminister oder die ehemalige Frau Innenministerin gestellt, das war vorher schon eine parlamentarische Anfrage, das steht auch in dem Antrag drinnen. Wenn man sich den durchliest, dann findet man einen Punkt dazu, unter dem steht, dass es schon eine schriftliche Anfrage gegeben hat, diese wurde beantwortet. Daraufhin gibt es viele Projekte, dann ist dieses Projekt angelaufen. Die Dringlichkeit ist gegeben, weil es Widerstände in den Gemeinden, von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und von der Polizeigewerkschaft gibt, die massiv sind und letzte Woche erst im Zentralausschuss besprochen worden sind. Ja, darin liegt die Dringlichkeit, in nichts anderem. (*Zwischenruf von Bundesrätin Mühlwerth.*) Also ich glaube, das spiegelt die Dringlichkeit wider. Zurzeit wird dieses Projekt betrieben, und man hört immer wieder, dass es dann auf ganz Österreich ausgeweitet wird. Aber vielleicht ganz kurz zur Begründung von diesem Projekt.

Wir haben heute diese Dringliche Anfrage Community Bürger, Community Polizei und Sicherheitsbürger eingebracht. Dieses Pilotprojekt hat eigentlich noch Ihre Vorgängerin Mikl-Leitner ins Leben gerufen, und Sie, Herr Minister, möchten es anscheinend auch weiterführen. Das kommt auch aus der Zentralgewerkschaft der Polizei: Die Anfragebeantwortung kam mit der Information zurück, dass Sie das weiterführen und sogar auf ganz Österreich ausweiten möchten. Das heißt, das ist ja keine regionale Geschichte, sondern dieses Projekt weitet sich dann auf ganz Österreich aus. Das heißt, dafür ist sehr wohl der Bundesrat auch ein bisschen zuständig, wenn es zuerst ein Pilotprojekt ist und sich dann auf ganz Österreich ausdehnen soll.

Es geht darum, dass Bürgerinnen und Bürger als sogenannte Sicherheitsbürger auszubilden sind. Diese sollen dann eine Schnittstelle zwischen Bevölkerung und Polizei sein. Also es tut mir leid, aber wenn ich über das Ganze ein wenig nachdenke, dann muss ich sagen: Versetzen wir uns jetzt in eine kleine 1 000 Einwohnergemeinde im Bezirk Schärding! Da gibt es einen Gemeindebürger/eine Gemeindebürgerin, der/die sich freiwillig gemeldet hat. Vielleicht hat man ja das Glück, dass sich von diesen Gemeindebürgern ein Vernünftiger meldet. Aber ich glaube, alleine der Titel „Sicherheitsbürger“ zieht schon eher diesen Besserwisser, diesen „Obergscheitling“, wie wir im Innviertel sagen würden, an, der besondere Ambitionen hat, überall ein bisschen hineinzusticheln, genau diesen Typ zieht die Funktion des Sicherheitsbürgers an.

Und der ist dann in der Gemeinde unterwegs, auf der Lauer nach neuen Informationen, auf der Lauer nach neuen Auffälligkeiten, um herauszufinden, was in der Gemeinde passiert, was da geschieht. Er sucht nach etwas, das er der Polizei melden kann. Auf der einen Seite ist das auch verständlich. Warum denn auch nicht? Umsonst will man den Titel des Sicherheitsbürgers auch nicht hergeben. Und der ist dann auf der Suche nach Auffälligkeiten.

Und welche Auffälligkeiten, bitte, gibt es in einer 1 000 Seelengemeinde im Bezirk Schärding? Also darüber muss man auch ein bisschen nachdenken. Da darf man sich nicht wundern, dass die Gemeindeverantwortlichen und auch die Exekutive diese Sicherheitsbürger nicht haben möchten, die dann wegen jeder Kleinigkeit oder Auffälligkeit zur Exekutive, zur Polizei laufen, sozusagen als Spitzel für die Bürgerinnen und Bürger dann herumlaufen und sagen: Ah, da sind drei Hennen über die Straße gelaufen, und der Bauer hat sie ausgelassen, das muss ich melden!

Und als Beispiel habe ich auch in dieser Anfrage Folgendes angeführt: Ein ÖVP-Bürgermeister – also von Ihrer Riege, Herr Edgar Mayer – der Bezirksstadt Schärding – bei dem war ich erst am Montag, habe bei ihm vorbeigeschaut und ihn gefragt: Ja wie geht es euch denn dort? – ist zu mir gekommen und hat gesagt: Ja, der Sicherheitsbürger, das bereitet uns massive Kopfschmerzen! Und das war auch der Grund, warum ich die Dringlichkeit heute wieder vorgebracht habe. Ja, das ist einer von Ihrer Riege, und er lehnt den Sicherheitsbürger ab. Der ÖVP-Bürgermeister der Stadt Schärding sagt – Zitat –, er sei kein Freund von Privatsheriffs oder einem Spitzelstaat à la frühere DDR.

Ja, genau das befürchte ich auch! Das geht auf dunkle Zeiten zurück, als die Leute einander nicht mehr vertrauen konnten und sich innerhalb der Gemeinde verstecken mussten. Das ist es, worauf es hinausläuft. Und ich habe nirgends gelesen, welche Voraussetzungen und Kriterien ein solcher Sicherheitsbürger erfüllen muss. Das konnte mir keiner beantworten, auch nicht auf die Anfrage an Sie oder an Ihre Vorgängerin, Herr Minister. Welche Ausbildung bekommt er? Gibt es auch Ausschlusskriterien, zum Beispiel Vorstrafen? Kann sich da jeder melden? Es steht nirgends, es gibt nichts dazu, wer sich melden kann oder was gilt.

Und weil ich gerade bei Schärding bin: Jetzt wird sich die eine Kollegin oder der andere Kollege hier herinnen vielleicht fragen, warum denn überhaupt Schärding ausgewählt worden ist. Gibt es dort besondere Kriminalität, Diebstähle, irgendwelche Auffälligkeiten oder sonst was? – Nein, überhaupt nicht, nicht wirklich. Schärding ist überhaupt kein Bezirk, der in irgendeiner Kriminalstatistik irgendwie auffällt, und wenn,

dann eher im positiven Sinn, dadurch fällt Schärding auf. In Schärding gibt es 388,4 Verbrechen pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner – 388,4. Das wird jetzt dem Kriminalstatistiker wahrscheinlich sagen, das ist sehr, sehr wenig, wirklich sehr, sehr wenig. Und Schärding ist damit der zweitsicherste Bezirk in ganz Oberösterreich. Genau dort führt man dann so etwas ein, dass Bürger herumrennen und andere verpetzen müssen. Also ich weiß nicht, warum Schärding als Gemeinde ausgewählt worden ist, um dieses Projekt zu starten.

In Schärding – und ich bin mir sicher, auch in anderen Bezirken, sei es in Mödling oder in Graz oder in Eisenstadt – funktioniert die Kommunikation zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei ausgezeichnet, auch mit der Gemeinde und der Stadt. Da braucht man keine Pilotprojekte.

Vielleicht könnten Sie uns einmal sagen, aus welcher Statistik und Erhebung Sie dieses subjektive Gefühl der Unsicherheit in den Bezirken rückschließen? Das würde mich wirklich interessieren. Ich habe keine gefunden. Ich habe keine Statistik gefunden, die irgendwie darstellt, warum das subjektive Sicherheitsgefühl in den Städten das erfordert. Steht immer wieder etwas in der Zeitung, nimmt man das aus der Zeitung, von „Heute“ und „Österreich“, und sagt: Jetzt muss man irgendwie reagieren darauf!? Das möchte ich gerne einmal schwarz auf weiß haben. Was steckt dahinter, Herr Innenminister?

Also ich behaupte jetzt einmal, dass Sie beziehungsweise Ihre Vorgängerin mit diesem Pilotprojekt von etwas ablenken möchten. Sie möchten von der Zentralisierung der Polizeiposten ablenken, das ist nämlich der Grund. Das Sicherheitsgefühl hätte man mit einer Dezentralisierung der Polizeiposten und mit einer besseren Verankerung der Exekutivbeamtinnen und -beamten in den Gemeinden genauso gut steigern können – genauso gut!

Ich bin auch auf die Antworten der Polizeigewerkschaften gespannt. Es gibt ja fast geschlossen in allen Gewerkschaftsparteien eine klare Ablehnung gegen dieses Projekt, egal, ob das die Christliche Gewerkschaft, die Freiheitliche Gewerkschaft, die Sozialistische Gewerkschaft, die Sozialdemokratische GewerkschafterInnen sind. Es gab auch einen Antrag im Zentralausschuss der Polizei von der Christlichen und von der Sozialistischen Gewerkschaft, dass das gesamte Projekt sofort zu stoppen und zu beenden sei.

Herr Innenminister! Ich bitte Sie, vielleicht können Sie uns ein wenig aufklären. Ich bin aber der ganz festen Überzeugung, dass dieses Projekt nicht zu einer Steigerung der

subjektiven Sicherheit führt, sondern eher zum Gegenteil und zur Bspitzelung anderer Bürger. – Vielen Dank. (*Beifall bei Grünen, FPÖ sowie Bundesräten der SPÖ.*)

16.12

Vizepräsidentin Ingrid Winkler: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich Herr Bundesminister für Inneres Mag. Wolfgang Sobotka zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Bundesminister.